



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 13/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 13/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

PRESSEMITTEILUNG



29. März 23

Forschung mit besonders ausgeprägtem Gefährdungspotenzial reglementieren

Berlin, 29. März 2023. Auf Initiative der AfD-Fraktion fand in dieser Woche im Deutschen Bundestag eine Podiumsdiskussion zum Thema „Forschung im Spannungsfeld von Fortschritt und Ethik“ statt. Die Referenten Prof. Michael Kaufmann, Prof. Roland Wiesendanger und Dr. David Berger kamen aus verschiedenen Blickwinkeln übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass Forschung mit besonders ausgeprägtem Gefährdungspotenzial reglementiert werden muss. Dies wurde am Beispiel der For-

schung am Funktionszuwachs von Krankheitserregern verdeutlicht.

Der Initiator der Veranstaltung und forschungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, Michael Kaufmann, zieht folgendes Resümee: „Prof. Wiesendanger hat überzeugend dargelegt, dass die verfügbaren Informationen nur den Schluss zulassen, dass der Sars-CoV-2-Erreger in einem Labor entstanden ist. Das Beispiel zeigt eindrücklich, dass Forschung dort ihre Grenzen finden muss, wo ihr Gefahrenpotenzial in keinem vertretbaren Verhältnis zum Nutzen steht. Dr. Berger hat seinerseits aufgezeigt, wie sich die Notwendigkeit einer klar umrissenen Beschränkung der Forschung auch aus unserem historisch gewachsenen Werteverständnis und Menschenbild ergibt. Als AfD-Fraktion setzen wir uns mit Nachdruck für eine ideologiefreie und technologieoffene Forschung ein. Sie darf aber nicht zur unbeherrschbaren Gefahr für die Menschheit werden. Hier müssen ihr, nach einem sorgfältigen Prozess der Abwägung, klar definierte Grenzen gesetzt werden können. Wenn aus der aktuellen Forschung am Gefahrenpotential von Krankheitserregern ein noch weit gefährlicherer Erreger entsteht und aus Versehen freigesetzt würde, dann könnte das schlimmstenfalls das Ende der Menschheit, wie wir sie kennen, bedeuten. Es ist höchste Zeit, eine breite gesellschaftliche Debatte dazu in Gang zu setzen.“





28. März 23

Podiumsdiskussion: *For-*schung im Spannungsfeld von *For-*tschritt und Ethik

Am gestrigen Montag fand im Deutschen Bundestag eine von der AfD-Fraktion veranstaltete Podiumsdiskussion zum Thema „Forschung im Spannungsfeld von Fortschritt und Ethik“ statt.

Gemeinsam mit Prof. Roland Wiesendanger und Dr. David Berger habe ich das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet.

Prof. Wiesendanger hat überzeugend dargelegt, dass die verfügbaren Informationen nur den Schluss zulassen, dass der Sars-CoV-2-Erreger in einem Labor entstanden ist. Das Beispiel zeigt eindrücklich, dass Forschung dort ihre Grenzen finden muss, wo ihr Gefahrenpotenzial in keinem vertretbaren Verhältnis zum Nutzen steht. Dr. Berger hat seinerseits aufgezeigt, wie sich die Notwendigkeit einer klar umrissenen Beschränkung der Forschung auch aus unserem historisch gewachsenen Werteverständnis und Menschenbild ergibt. Als AfD-Fraktion setzen wir uns mit Nachdruck für eine ideologiefreie und technologieoffene Forschung ein.

Sie darf aber nicht zur unbeherrschbaren Gefahr für die Menschheit werden. Hier müssen ihr, nach einem sorgfältigen Prozess der Abwägung, klar definierte Grenzen gesetzt werden können. Wenn aus der aktuellen Forschung am Gefahrenpotential von Krankheitserregern ein noch weit gefährlicherer Erreger entstehen und aus Versehen freigesetzt würde, dann könnte das schlimmstenfalls das Ende der Menschheit, wie wir sie kennen, bedeuten. Es ist höchste Zeit, eine breite gesellschaftliche Debatte dazu in Gang zu setzen. Anbei der Link zu der Diskussion: <https://youtu.be/jZYwgdFkDc>



Künstliche Laborviren, die die Menschheit auslöschen können?

Wie weit darf die Forschung gehen? Die Diskussion mit Prof. Wiesendanger und Dr. Berger am 27.3.23 im Bundestag drehte sich um Methoden wie die künstliche Erschaffung tödlicher Viren im Labor (Gain of Funktion).

Wer sich nicht alles ansehen möchte, sollte den Vortragsteil von Prof. Wiesendanger ab 26:50 min ansehen!

<https://www.youtube.com/watch?v=jZYwgdFkDc>





29. März 23

Meine heutige Frage an den Gesundheitsminister, was er zu tun gedenkt, um die Impfstoffhersteller an den Kosten für die zahlreichen Impfschäden zu beteiligen, hatte es offenbar in sich.

Abgesehen davon, dass die zuständige Staatssekretärin, Sabine Dittmar, nicht bereit war, meine Frage zu beantworten und stattdessen wortreich über Arzneimittelhaftung referierte, verstrickte sie sich in der Folge auch noch in zahlreiche Widersprüche.

Im Zusammenspiel mit dem Kollegen Stephan Brandner, MdB und weiteren Abgeordneten der AfD-Fraktion haben wir die Staatssekretärin jedoch nicht vom Haken gelassen und es wurde je länger je schlimmer. In Kürze folgt ein Videozuschnitt der wichtigsten Momente dieses entlarvenden Auftritts. Wir werden in dieser Frage nicht nachlassen. Die Bürger haben ein Recht darauf, hier die Wahrheit zu erfahren.



30. März 23

Hoher Besuch im Reichstag

Die Limousine von Charles III. vor dem Haupteingang des Reichstages. Gleich hält er hier eine Rede.

Update: Der Besuch war Folklore. Charles hat in seiner Rede erwartungsgemäß Gemeinsamkeiten und Freundschaft beschworen. Ansonsten nichts Neues.

PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

Mittwoch

Befragung der Bundesregierung mit Bundeskanzler Olaf Scholz

- Dreimal im Jahr findet die Kanzlerbefragung statt: Vor Ostern, vor der Sommerpause und vor Weihnachten. Kanzler Scholz leitete die Befragung ein, die pathetischer vom Staatsratsvorsitzenden der DDR bei Verkündung des 5-Jahresplans nicht hätte sein können.: „Unser Land braucht mehr Tempo“, etwa bei: Ausbau von LNG-Terminals, Infrastruktur beim Schienenverkehr, Brückenbau, Ingenieurbauwerke, Energienetzausbau incl. einem Mehr an Windanlagen, Fotovoltaik, sowie die Elektrifizierung des Verkehrs.
- Alles werde schneller genehmigt, damit bis Ende des Jahrzehnts 15 Mio. Fahrzeuge elektrisch fahren. „Die Klimawende“ muss geschafft werden, und das klappt im Zusammenhang mit dem „Import vieler weiterer Fachkräfte“ aus dem Ausland, so Scholz sinngemäß.
- Die Befragung ähnelte mehr einer Kanzler-Ehrerweisung, denn die Themen behandelten hauptsächlich die Felder: Keine Aufweichung von Klimaschutz, mehr Fachkräfte über das Fachkräfteeinwanderungsgesetz und wie bzw. wann das Waffenrecht novelliert wird angesichts der Bedrohung durch die Reichsbürgerszene.
- Marcus Bühl, AfD insistierte schließlich auf einem wunden Punkt: Die AfD spricht sich kategorisch gegen die Verdoppelung des Kanzleramtes aus, welche bis knapp eine Milliarde € teuer wird. Der „Teflonkanzler“ zog sich bei der Beantwortung geschickt aus der Schlinge.

Fragestunde mit Staatssekretärin Sabine Dittmar (Gesundheit)

- In dieser ging es dank der AfD wieder etwas kontroverser zu.
- Die Antwort auf Stephan Brandners Frage nach der Anzahl Personen im Gesundheitssektor, die den Bereich aufgrund der Impfpflicht verlassen haben, konnte die Parl. Staatssekretärin Sabine Dittmar nicht beantworten.

- Dann kam das sehr interessante Thema überschüssige Impfdosen und deren Vernichtung:
- Deutschland hatte seit Beginn der Pandemie 680 Mio. Dosen eingekauft. Das entspricht in etwa 10 Dosen pro impffähiger Person. Außerdem, so Brandner, liegen noch 227 Mio gem. Recherche auf Lager. Bei einer Impfgeschwindigkeit von 150.000 Dosen im Monat könnte noch 127 Jahre lang geimpft werden.
- Auch hier konnte Dittmar keine Zahlen nennen, allerdings wusste sie, dass ca. 121 Mio. Dosen vom Bund in 46 Länder weltweit gespendet wurden. Sehr erhellend war dann schließlich, dass sie zugab, es wären nur 90 Mio. Dosen für die Impfung der Bevölkerung notwendig gewesen.
- Michael Kaufmann fragte anschließend, was die Bundesregierung bzgl. Einbeziehung der Impfstoffhersteller in die Schadensregulierung der Impfnebenwirkungen unternimmt. Die Antwort war sinngemäß: Gar nichts, denn derartige Opfer werden gem. Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes von den Bundesländern entschädigt.
- Aus ihren weiteren Ausführungen ging schließlich auf Nachhaken von Stephan Brandner hervor, dass ein Haftungsausschluss für die Hersteller nicht mehr wirksam ist, wenn es sich um grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz handelt, also um die Missachtung der „guten Herstellerpraxis“. – Da sind wir aber gespannt auf die absehbaren Schadensersatzklagen!

Aktuelle Stunde auf Antrag der Koa, Thema: „Ein Jahr nach Bucha“

- Nach der russischen Besetzung von Bucha wurden gem. Angaben mehr als 400 getötete und z. Teil gefolterte Zivilisten gefunden. Die Koalitionspartner rechtfertigten aufgrund des russischen Angriffskrieges und der Morde die erfolgten und weiteren Waffenlieferungen.
- Die AfD dagegen forderte die Ausweitung der Sanktionen auch auf den Islamischen Staat, der Russland mit Drohnen beliefert.

Namentliche Abstimmung: Verlängerung von deutschen Militäreinsätzen von NATO-geführten maritimen Sicherheitsoperationen.

- Der gesamte Bundestag stimmte dafür, incl. der ehemaligen grünen Pazifisten, nur die AfD und die Linken wollten ein Ende.
- Jan Nolte in seiner Rede: Die Schiffe des Sea Guardian Einsatzes wären auch ohne diesen Auftrag im Mittelmeer unterwegs. Es würde sich nichts ändern, wenn man das Projekt beende.

Antrag 20/6184 der AfD „Die Zeitenwende in der Migrationspolitik mit einer Rückführungsoffensive 2023 einleiten“

- Der Antrag ähnelte in einigen Passagen dem CDU/CSU-Antrag 20/6173 „Abschiebehürden beseitigen, Ausreisepflichten konsequent durchsetzen“
- Er wurde in den Ausschuss überwiesen.

Aus dem Europaausschuss von Christian Wirth, AfD kam der Antrag Nr. 20/6172

- Dieser Antrag fordert die Bundesregierung auf, im wahrsten Sinne des Wortes die Souveränität Deutschlands als Staat zu gewährleisten und einer rechtswidrigen Umwandlung der EU in einen europäischen Bundesstaat entgegenzuwirken.
- Es erfolgte Überweisung in den Ausschuss.

Donnerstag

Zunächst: Sportbericht der Bundesregierung. In Folge: Antrag 20/6174 der CDU

- In diesem Antrag forderte die CDU Vereinfachungsfristen für den Wohnungsbau und den schnellen kurzfristigen Ausbau der sozialen Infrastruktur. Mit andern Worten: Die Flüchtlinge sind gekommen, um zu bleiben und ein Ende ist nicht in Sicht.
- Der Antrag wurde in den Bau-Ausschuss überwiesen.

Genau 12:00 Uhr folgte das Highlight der Woche:

König Charles III und seine Königin-Gemahlin Camilla gaben dem Deutschen Bundestag ihre Ehre.

- In seiner halbstündigen Rede teilweise in Deutsch, teilweise in englischer Sprache, betonte er zunächst sehr staatsmännisch und unpolitisch alle deutsch-englischen Gemeinsamkeiten aus Tradition und Herkunft. Denn schließlich hatte sein Vater Prinz Philip deutsche Wurzeln. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg hatte dieser den deutschen Namen „Battenberg“ in Mountbatten ändern lassen.
- Schließlich wurde er aber doch noch politisch. „Deutschland und England haben eine Führungsrolle im Ukraine-Krieg übernommen, und die große militärische Unterstützung Deutschlands sei überaus mutig und wichtig“, sagte er.
- Innovationen wie Offshore-Windanlagen seien unverzichtbare Innovationen gegen die Erderwärmung.



- König Charles, in der Vergangenheit in der Öffentlichkeit als starker Befürworter von Ökologischem Landbau bekannt geworden, hat erst am 23. März in Großbritannien den „Genetic Technology Precision Breeding Act 2023“ abgeseignet. Das ist eine biotechnologische Innovation, die es Unternehmen erlaubt, das Genom von Pflanzen und Tieren zu verändern, und damit gentechnisch veränderte „Lebensmittel“ zu schaffen.
- Das klappt in GB wunderbar vorbei an der GVO der EU – seit der BREXIT den Weg hierfür frei gemacht hat.
- Da kommt einem unweigerlich der CDU-Antrag Nr. 20/2342 in den Sinn, der diese Möglichkeiten auch für deutsche Bauern schaffen soll, allerdings vorbeigemogelt an der Gentechnik-VO der EU.

Namentliche Abstimmung zum Thema Verlängerung eines Bundeswehreinsatzes

- In diesem Fall ging es um den Einsatz im Südsudan.
- Bei der Abstimmung war sich die AfD dieses Mal nicht einig.
- Die Blockparteien stimmten dafür, die Linken dagegen.

Aktuelle Stunde auf Antrag der CDU, Thema: „Handlungsfähigkeit und Lösungsfähigkeit der Bundesregierung“

- Die CDU meinte, nach dem fast 30stündigen Sitzungsmarathon des Koalitionsausschusses sei die On-Off-Beziehung der Koalition nicht weitergekommen und kritisierte eher polemisch, und dem Zeitgeist entsprechend die fehlende Generationengerechtigkeit beim Klimawandel oder der Kindergrundsicherung.
- Tino Chrupalla allerdings brachte es auf den Punkt: Kein einziger Minister wieder mal da, da könnte man das Thema gleich beenden. Skandalös ist die Außenpolitik unter Annalena Baerbock. In der Visa-Vergabe wird betrogen. Bei der Ausstellung an einen Afghanen heißt es vom Ministerium in einer Email vom 9. Dez. 2022: man wolle an der Ausstellung trotz des falschen Passes festhalten, obwohl man die Fälschung hätte erkennen müssen... Es werden also auf Weisung des AA möglicherweise Terroristen in unser Land auf kriminelle Weise eingeschleust. Unter der aktuellen Bundesregierung ist es außerdem erstmalig möglich, dass Terroranschläge, die auf unsere kritische Infrastruktur verübt werden, seit Monaten ungeahndet bleiben. Und zum Thema Asylflut sagte er: Was wirklich gekommen ist, sind gut ausgebildete Ganoven und Kriminelle; das ist es, was hauptsächlich in Deutschland einmarschiert.
- So geht Abrechnung mit dieser Regierung.

Antrag der CDU Nr. 20/6176 „Sonnenpaket für Deutschland“

- Mit diesem Antrag will die CDU mehr Industrie und schnelleren Ausbau der Solarenergie durch bessere KfW-Förderung, vereinfachtere Anmeldeformalitäten und Förderung von sog. Bürgerenergie-Gesellschaften.
- In der Rede von Marc Bernhard, AfD wurde erneut deutlich: Die fleißigen Schreiber von der CDU haben überhaupt keine Ahnung, wovon sie reden. Erstens: man kommt an konventionellen Kraftwerken nicht vorbei. Zweitens: Ist zuviel Strom da (z.B. Hochsommer), bricht das Stromnetz zusammen, ist zu wenig da (z.B. Winter), bricht es auch zusammen. Allein im letzten Jahr waren über 12.000 Eingriffe ins Netz erforderlich, was den Stromzahler über 3 Mrd. € gekostet hat. Und im Winter, wo weder Sonne, noch Wärmepumpen genug Strom liefern, kaufen wir den teuren Atomstrom aus Polen oder Frankreich.
- Der Antrag wird im Ausschuss Klimaschutz und Energie weiter beraten.

Stellungnahmen von CDU und AfD zu Neuerungen des EU-Wahlrechts

- Die Neuerungen des EU-Wahlrechts gem. Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die allgemeine unmittelbare Wahl der Mitglieder des Europaparlaments sowie zur Aufhebung des Ratsbeschlusses, sieht unter anderem eine bestimmte Geschlechterparität auf den Wahllisten, einen einheitlichen Wahltag sowie einen sog. „Unionsweiten Wahlkreis“ vor.
- CDU und AfD haben hierzu sog. Stellungnahmen verfasst.
- Die AfD sieht das Subsidiaritätsprinzip verletzt, denn „der Verordnungsvorschlag tangiere zahlreiche wesentliche Belange der Mitgliedstaaten, die Verfahrensweise sei inakzeptabel“.
- Die Bundesregierung wird also aufgefordert, diese mangelnde Mitwirkungsmöglichkeit des nationalen Staates ggü. dem Präsidium des EU-Parlaments zu thematisieren.
- Die Anträge werden im Ausschuss der EU beraten.

CDU-Antrag 20/6177, Thema: Bislang verbotene Speicherung von CO2 im Meeresgrund ermöglichen.

- Andreas Bleck in seiner Rede: Nein zu CCS, es ist ineffizient, teuer und gefährlich. Die Alternativen: resiliente Meere und Wälder, die vor allem CO2-senkend wirken.
- Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz berät.



AfD-Antrag Nr. 20/6194 „zur besseren Bekämpfung von schwerer Kinderkriminalität“

- Thomas Seitz, AfD, fordert in diesem Antrag anlässlich des schockierenden Falls der ermordeten 12jährigen Luise die Änderung des § 19 Strafgesetzbuch (StGB). Es solle auch bei unter 14 Jahre alten Kindern die Möglichkeit geschaffen werden, eine individuelle Schuldfähigkeit zu prüfen.
- Der Antrag wird beraten.

Freitag

Debatte zum Strompreibremsegesetz und Erdgas- sowie Wärmepreisgesetz:

- Hierdurch muss eine neue Prüfinstanz geschaffen werden, die in Zukunft 20-25 Mio. € kosten wird. Die Bundesregierung ist der Brandstifter und geriert sich als Feuerwehrmann in der Krise, die sie selbst geschaffen hat.
- Der Gesetzesentwurf Dr.Nr. 20/5994 wurde gegen die Stimmen der AfD vom Bundestag angenommen.
- Ein Änderungsantrag und ein Entschließungsantrag der CDU wurden in namentlicher Abstimmung abgelehnt.
- Steffen Kotré entlarvte die CDU: Sie müssen in Ihrem Antrag den Weiterbetrieb der AKWs verstecken, dabei sind Sie die Atomausstiegspartei!

AfD- Entwurf 20/6189: Gegen den Atomausstieg

- Erneut machte die AfD einen Vorstoß in Richtung Änderung des Atomgesetzes: Der Entwurf wendet sich gegen den Atomausstieg. Darüber hinaus soll der bis 15. April befristete Weiterbetrieb der aktiven Meiler Isar2, Emsland und Neckarwestheim2 unbefristet verlängert werden.

AfD-Antrag 2023/2024: Sicherstellung des Betriebs im kommenden Winter

- Der Antrag fordert die rechtzeitige Beschaffung von Brennstäben, Sicherung von Personal und Technik für diese verbleibenden AKW.
- Bezeichnend waren die Aussagen von Dr. Klaus Wiener, **CDU: Wir lehnen diesen Antrag ab, weil wir nur für eine befristete Verlängerung der AKW sind.**
- Wie schreibt die Junge Union in einem aktuellen Rundbrief an die Menschen im Land: „Mit dem rein ideologisch begründeten Ende der Kernkraft verabschieden wir uns von einer klimaneutralen und grundlastfähigen Stromversorgung. Sie war ein entscheidender Erfolgsfaktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland und einen schnellen Weg zur Klimaneutralität.“
- Das ganze ist an **Heuchelei** nicht zu überbieten:



Debatte auf Antrag der Linken: Maßnahmen gegen die anhaltend hohen Lebensmittelpreise.

- Wie leider zu erwarten, war es eine Beileidsbekundung ohne Sinn und ohne Konsequenzen. Denn die AfD hatte schon länger zuvor gefordert: Aussetzung der MWSt. auf Grundnahrungsmittel, Abschaffung der EEG-Umlage, der CO2-Abgabe, Mehrwertsteuer auf Treibstoffe usw.
- Bernd Schattner erklärte: Die Probleme sind hausgemacht. Die Bundesregierung tut ihr Übriges, um die Inflation anzuheizen: Mauterhöhung oder der Verzicht auf russisches Gas verschlimmern die Situation zusätzlich.



Kurz und knapp: Wahlkreis-Schlagzeilen

- Kemmerich (FDP) möchte wieder zur Landtagswahl antreten; auch mit den Stimmen der AfD
- Thüringen bei Schwangerschaftsabbrüchen auf Platz 4; ostdeutsche Frauen beenden Schwangerschaft öfter als westdeutsche
- Elektroautos in Thüringen im Aufschwung, jedes Jahr mehr Anmeldungen
- Warnstreiks legen den Verkehr lahm, viele Schüler kommen nicht zur Schule; trotzdem gilt die Schulpflicht
- Rudolstädter Richter gegen eine Herabsetzung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre
- Erneute GEZ Erhöhung geplant
- In ganz Thüringen werden dringend Busfahrer gesucht, da sonst auch ein Ausfall von Schulbussen droht
- Neues Wolfsterritorium in Neuhaus am Rennweg im LK Sonneberg, in Thüringen sind insgesamt 5 Territorien bekannt
- Riesiger Solarpark am Luisenturm in Großkochberg geplant (Gemeinde Uhlstädt-Kirchhasel)

TERMINE:



Öffnungszeiten der Wahlkreisbüros



KAHLA

Rudolf-Breitscheidstr. 4

Tel.: 03671 5 23 23 48

Di.: 13 - 17 Uhr

michael.kaufmann.wk@bundestag.de

NEUSTADT / ORLA

Puschkinplatz 6

Tel.: 036481 84 69 64

Di.: 13 - 17 Uhr / Do.: 13 - 17 Uhr

michael.kaufmann.wk02@bundestag.de

SAALFELD

Brudergasse 6

Tel.: 03671 5 23 23 48

Mo: 14 - 18 Uhr / Mi.: 12 - 16 Uhr

michael.kaufmann.wk@bundestag.de



Prof. Dr.-Ing.

Michael Kaufmann, MdB

[WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE](http://www.Kaufmann-Michael.de)



www.Kaufmann-Michael.de

Michael.Kaufmann@bundestag.de

[@AfDKaufmann](https://www.facebook.com/AfDKaufmann)

[@AfDKaufmann](https://www.instagram.com/AfDKaufmann)

[@KaufmannAfD](https://twitter.com/KaufmannAfD)

t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P.: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557

WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

